



COMMENTAIRE DE JURISPRUDENCE NUMÉRIQUE APERÇU MENSUEL, JUIN 2020, VOL. 109

Des expertes et experts renommé(e)s commentent la
jurisprudence actuelle de manière précise et exacte.

DEI DIRITTI REALI

Der Nachbarbegriff gemäss Art. 687 und Art. 688 ZGB

Erstreckung von Art. 687 f. ZGB auch auf nicht unmittelbar aneinander grenzende Nachbarn bei entsprechender räumlicher Betroffenheit

Philipp Eberhard

Im vorliegenden Bundesgerichtsurteil 5A_968/2019 vom 20. Mai 2020 ging es um einen Nachbarschaftsstreit betreffend eine Thuja-Hecke, eine 11.2 m hohe Scheinzypresse, eine 10 m hohe amerikanische Roteiche sowie eine dornenlose Gleditschie von 14.75 m Höhe im entsprechenden Unterabstand, wobei die betreffenden Grundstücke durch einen ca. 1.6 m breiten, öffentlichen Fluhgutweg voneinander getrennt sind. Entgegen der Ansicht der Beschwerdeführer kam das Bundesgericht zum Schluss, dass im Zusammenhang mit Art. 687 f. ZGB bei räumlicher Betroffenheit von einem eher weit gefassten Nachbarbegriff auszugehen ist.

Commentaire de l'arrêt du : Tribunal fédéral 5A_968/2019 du 20 mai 2020

Publié le 30 juin 2020

Einschränkung der Dienstbarkeitsvertragsauslegung im Verhältnis zu Dritten

Begrenzung der Auslegungsgrundsätze durch den öffentlichen Glauben des Grundbuchs

Philipp Eberhard

Im vorliegenden französischsprachigen Bundesgerichtsurteil 5A_691/2019 vom 16. April 2020 war unter den Parteien umstritten, ob der im Begründungsakt enthaltene Begriff «Nachfolger» («successeurs») dahingehend zu verstehen sei, dass davon «Nachkommen» («descendants») oder «Erben» («héritiers») erfasst seien oder jegliche (Rechts-)Nachfolger. Das Bundesgericht schützte in diesem Zusammenhang das Auslegungsergebnis der kantonalen Vorinstanz und stellte fest, dass unter «Nachfolger» («successeurs») alle nachfolgenden Eigentümer des herrschenden Grundstücks zu verstehen sind. Vor diesem Hintergrund wies es die Beschwerde ab.

Commentaire de l'arrêt du : Tribunal fédéral 5A_691/2019 du 16 avril 2020

Publié le 29 juin 2020

Temporale Aspekte betreffend Wegfall des Vorkaufsrechts nach Art. 681 Abs. 2 ZGB

Notwendigkeit des Bestandes des gleich- oder vorrangigen Vorkaufsrechts für den Eintritt des Vorkaufsfalles im Zeitpunkt des Vertragsabschlusses

Philipp Eberhard

Im Bundesgerichtsurteil 5A_127/2019 vom 4. Mai 2020 setzte sich das Bundesgericht mit der Frage auseinander, in welchem Zeitpunkt das gleich- oder vorrangige Vorkaufsrecht der erwerbenden Person nach Art. 681 Abs. 2 ZGB bestehen muss, damit das entsprechende Vorkaufsrecht entfällt. Die Auslegung dieser Gesetzesbestimmung durch das Bundesgericht ergab, dass das gleich- oder vorrangige Vorkaufsrecht im Zeitpunkt des Vertragsabschlusses zu bestehen hat. Vorliegend wurde die Beschwerdeführerin erst mit der Eintragung des Verfügungsgeschäfts im Grundbuch Miteigentümerin und damit vorkaufsberechtigt.

Commentaire de l'arrêt du : Tribunal fédéral 5A_127/2019 du 04 mai 2020, destiné à publication

Publié le 25 juin 2020

Gerichtliche Ablösung einer Dienstbarkeit und die Rechtsfigur der «natürlichen Publizität»

Philipp Eberhard

Die in der bundesgerichtlichen Rechtsprechung entwickelte Rechtsfigur der «natürlichen Publizität» wurde im Urteil 5A_873/2018 vom 19. März 2020 vom Bundesgericht erneut aufgegriffen. In diesem Zusammenhang ging das Bundesgericht auch auf Fragen in Bezug auf den Inhalt, den Umfang sowie die Bedeutung des Zwecks einer Dienstbarkeit sowie in Bezug auf die allgemeinen Auslegungsgrundsätze im Zusammenhang mit der Auslegung von Dienstbarkeitsverträgen ein. Entgegen der Ansicht der beiden kantonalen Vorinstanzen sowie des Beschwerdeführers entschied das Bundesgericht, dass vorliegend die Rechtsfigur der «natürlichen Publizität» nicht zum Tragen kommt.

Commentaire de l'arrêt du : Tribunal fédéral 5A_873/2018 du 19 mars 2020

Publié le 24 juin 2020

Besitzerschutz und Rechtsschutz in klaren Fällen nach Art. 257 ZPO

Die Relevanz der «bisherigen tatsächlichen Ausübung» bei der Prüfung der verbotenen Eigenmacht im Rahmen von Besitzeschutzklagen

Philipp Eberhard

Gegenstand des Bundesgerichtsurteils 5D_197/2019 vom 24. Februar 2020 war eine mit einer zivilprozessualen Problematik eng verknüpfte materiellrechtliche Fragestellung. In materiellrechtlicher Hinsicht war umstritten, ob eine neu verlegte schwarze Kunststoffleitung in einem bestehenden Schacht noch von der bisherigen tatsächlichen Ausübung des Benützungs- und Werkleitungsrechts umfasst sei. In prozessualer Hinsicht ging es um die Voraussetzungen des Rechtsschutzes in klaren Fällen. Das Bundesgericht schützte die Sichtweise des Kantonsgerichts Luzern, wonach die materiellrechtliche Lage alles andere als klar gewesen sei.

Commentaire de l'arrêt du : Tribunal fédéral 5D_197/2019 du 24 février 2020

Publié le 18 juin 2020

DIRITTO CONTRATTUALE

Schadenersatz bei Solidarschuldern

Anrechnung des Honorarverzichts der Revisionsstelle an den ganzen Schaden der geschädigten Käuferin oder nur an den von ihr eingeklagten Teil des Schadens?

Christoph Zaugg / Markus Vischer

Mit Urteil 4A_536/2017 vom 3. Juli 2018 entschied das Bundesgericht, dass sich die Käuferin die Teilzahlung eines Solidarschuldners an ihren vom Verkäufer A. zu ersetzenden Schaden anrechnen lassen müsse. Diese vom Bundesgericht vorgenommene Anrechnung hätte unterbleiben müssen, da die Käuferin nicht ihren ganzen Schaden, sondern nur einen Teil ihres gesamten Schadens gegenüber dem Verkäufer A. einklagte. Das Bundesgericht hätte vom Grundsatz ausgehen müssen, dass die Leistung eines Solidarschuldners Tilgungswirkung für den ganzen Schaden des Geschädigten und nicht nur für den von ihm eingeklagten Teil des Schadens hat.

Commentaire de l'arrêt du : Tribunal fédéral 4A_536/2017 du 03 juillet 2018

Publié le 25 juin 2020

DIRITTO DEGLI STRANIERI

Fristberechnung bei «A-Post Plus» Sendungen und ausgelagerten Postfächern

Marco Weiss

Mit Blick auf den vorliegenden Entscheid ergeben sich zwei interessante Fragen: Ist die «A-Post Plus» Postsendung fehlbar und kann das «Track & Trace» der Post überhaupt in Zweifel gezogen werden? Ist die Zustellung in ein Postfach auch dann fristauslösend, wenn am Tag der Zustellung oder während mehrerer Tage der faktische Zugang zum Postfach objektiv nicht möglich ist, beispielsweise wegen zeitlicher Beschränkung des Zugangs zur Postfachanlage?

Commentaire de l'arrêt du : Tribunal fédéral 2C_1032/2019 du 11 mars 2020

Publié le 22 juin 2020

DIRITTO DEL LAVORO

Bundespensional, Einstellung der Lohnfortzahlung und Auflösung des Arbeitsverhältnisses

Gerhard Hauser

Der Arbeitgeber muss dem Arbeitnehmer, der arbeitsplatzbezogen krank ist, die Ferien auszahlen, wenn er sich nicht verbindlich dazu äussert, wann dieser sie beziehen soll. Bei einem eigenmächtigen Bezug der Ferien würde der Arbeitnehmer die fristlose Entlassung riskieren.

Commentaire de l'arrêt du : Tribunal administratif fédéral [A-2752/2019](#) du 15 avril 2020
Publié le 16 juin 2020

DIRITTO DELLE ASSICURAZIONI SOCIALI

Teilliquidation: Anspruch auf Wertschwankungsreserven

Benjamin Dubach

Im vorliegenden Urteil hatte das Bundesgericht das Verhältnis zwischen einem Anschlussvertrag und aArt. 27h BVV 2 zu prüfen.

Commentaire de l'arrêt du : Tribunal fédéral [9C_249/2019](#) du 20 janvier 2020, destiné à publication
Publié le 29 juin 2020

DIRITTO INTERNAZIONALE PRIVATO

How to avoid the res judicata-«paradox»

Axel Buhr

The Swiss Federal Tribunal confirms its long-standing jurisprudence, according to which the res judicata effect of arbitral awards and state court decisions is limited to their operative part. Similarly to state courts, arbitral tribunals are not bound by the considerations of previous decisions, despite any - in the words of the Swiss Federal Tribunal - «paradoxical» consequences this may entail. For the avoidance of any such «paradoxical» consequences, parties should be allowed to rely on requests for declaratory relief. When future proceedings are already on the horizon, requests for declaratory relief are legitimate and necessary, and should not be rejected as inadmissible.

Commentaire de l'arrêt du : Tribunal fédéral [4A_536/2018](#) du 16 mars 2020
Publié le 22 juin 2020

DIRITTO PROCESSUALE CIVILE

Riskante Zurückbehaltung von Beweismitteln als unechte Noven

Matthias Lindner / Matthias Brunner

Enthält die Klageantwort eine Behauptung mit einem Beweisantrag, hat der Kläger seine Beweismittel und Behauptungen für den Gegenbeweis bereits mit der Replik vorzubringen. Mit der Duplik neu offerierte zusätzliche Beweismittel zur weiteren Stützung der bereits mit der Klageantwort erhobenen Behauptung berechtigen den Kläger nicht, seine ihm bereits zuvor bekannten Beweismittel und Behauptungen für den Gegenbeweis als unechte Noven vorzubringen.

Commentaire de l'arrêt du : Tribunal fédéral [4A_259/2019](#) du 10 octobre 2019
Publié le 29 juin 2020

Rückdatierung der Rechtshängigkeit bei Unzuständigkeit

Philipp Estermann / Dominik Rieder

In BGE 145 III 428 ([4A_44/2019](#) vom 20. September 2019) bekräftigt das Bundesgericht seine Praxis, wonach die Rückdatierung der Rechtshängigkeit bei fehlender Zuständigkeit nach Art. 63 Abs. 1 ZPO voraussetzt, dass der Ansprecher die ursprünglich eingegebene Rechtsschrift fristgerecht im Original bei der für zuständig gehaltenen Behörde neu einreicht. Dies gilt auch für ein Schlichtungsgesuch, das bei der sachlich unzuständigen Schlichtungsbehörde eingegeben wurde, jedenfalls wenn dieses den Anforderungen an eine Klageschrift genügt. Nachfolgend werden die wesentlichen Erwägungen zusammengefasst und gewürdigt.

Commentaire de l'arrêt du : Tribunal fédéral [4A_44/2019](#) du 20 septembre 2019, destiné à publication
Publié le 29 juin 2020

DIRITTO SUCCESSORIO

Unterbrechung der Verjährung durch Erbteilungsklage

Tarkan Göksu

Der gutgläubig für den Nachlass handelnde Erbe haftet aus ungerechtfertigter Bereicherung (Art. 62 ff. OR). Die Verjährung kann durch Erbteilungsklage unterbrochen werden durch Auflistung des Anspruchs als Aktivum in der Klagebegründung, und ohne dass eine entsprechende Zahlungsaufforderung in die Rechtsbegehren aufgenommen werden müsste.

Commentaire de l'arrêt du : Tribunal fédéral 5A_512/2019 du 28 octobre 2019

Publié le 11 juin 2020

Verlängerung der Deliberationsfrist

Stefan Birrer

Der Entscheid über die Verlängerung der Deliberationsfrist gemäss Art. 587 ZGB ist ein Ermessensentscheid. Ist eine Erbschaft auch ohne die beanstandete Forderung im öffentlichen Inventar erheblich überschuldet und vermögen die Erben diese Schulden nicht zu tragen, rechtfertigt es sich, die Deliberationsfrist nicht weiter zu verlängern.

Commentaire de l'arrêt du : Tribunal fédéral 5A_739/2019 du 27 janvier 2020

Publié le 11 juin 2020

Les nouveautés juridiques les plus récentes sont résumées
pour vous dans les Blogs.

DIRITTI IMMATERIALI

L'action en nullité d'un brevet en lien avec une nouvelle combinaison de caractéristiques

Marie-Hélène Peter-Spiess

Osaka Soda (fig.)

Nicolas Guyot

DIRITTO AMMINISTRATIVO

Totalrevision des Polizeigesetzes des Kantons Bern / abstrakte Normenkontrolle

Fabian Klaber

Reformatorischer Entscheid durch die kantonale Beschwerdeinstanz im öffentlichen

Beschaffungsrecht

Martin Rauber

DIRITTO CONTRATTUALE

Le contrat de vente simulé pour tromper un tiers et l'infraction de faux dans les titres

Marion Chautard

Le fardeau de la preuve de la causalité hypothétique et de l'objection fondée sur le
comportement de substitution licite

Arnaud Nussbaumer-Laghzaoui

DIRITTO DEGLI STRANIERI

La qualité pour recourir d'une collectivité publique

Vinciane Farquet

DIRITTO DELLE ASSICURAZIONI PRIVATE

Vereinbarung einer Verwirkungsfolge bei verspäteter Anzeige; Wegbedingung des

Erfordernisse des Kausalzusammenhanges; Beweislast für den Kausalitätsnachweis
Stéphanie Oneyser

DIRITTO DI LOCAZIONE

Notwendige Streitgenossenschaft bei der Anfechtung missbräuchlicher Mietzinse
Martin Rauber

DIRITTO FISCALE

Fonds de placement et profits offshore
Federico Abrar

La suspension d'une procédure d'assistance administrative en matière fiscale
Tobias Sievert

DIRITTO IN MATERIA DI CIRCOLAZIONE STRADALE

La caducité du permis de conduire à l'essai (art. 15a al. 4 LCR)
Tobias Sievert

DIRITTO INTERNAZIONALE PRIVATO

Swiss Supreme Court clarifies consequences of «boilerplate clauses» in award on entitlement to raise a violation of the right to be heard
Philippe Bärtsch / Marco Vedovatti

Swiss Supreme Court declares English-language challenge against arbitral award manifestly inadmissible due to abuse of rights
Nathalie Voser / Konrad Staeger

DIRITTO PENALE

La protection de la liberté et de l'intégrité sexuelles des enfants
Marion Chautard

DIRITTO PROCESSUALE PENALE

Les modalités de consultation des pièces d'un dossier pénal
Arnaud Nussbaumer-Laghzaoui

Vers une exploitabilité en procédure pénale des auditions des collaborateurs
Katia Villard

Le dessaisissement de la juridiction des mineurs en faveur de la juridiction des adultes
Noémie Zufferey

DIRITTO SOCIETARIO

Sorgfaltspflicht von Banken bei Vollmachtverhältnissen
Martin Rauber

Les ordres bancaires falsifiés par un organe
Grégoire Geissbühler

Une reddition de compte incomplète ?
Célian Hirsch

DROIT DE LA CONSTRUCTION ET DE L'IMMOBILIER

Gwärfi Areal Kloten / Vereinbarkeit einer Recyclingstation mit den Schutzziele der Amphibienlaichgebiete-Verordnung

Fabian Klaber

Wohnbaute für die abtretende Generation in der Landwirtschaftszone / nachträgliche Baubewilligung

Fabian Klaber

L'adoption du nouveau plan général d'affectation de la commune de Montreux

Tobias Sievert

LEF

La notification aux créanciers de la reconnaissance de l'état de collocation étranger

Emilie Jacot-Guillarmod

EDITIONS WEBLAW

Le CJN rassemble des commentaires de jurisprudence rédigés par plus de 100 spécialistes, issus d'une trentaine de domaines juridiques. Les commentaires des experts font l'objet d'une évaluation par les pairs qui, réalisée par une rédaction renommée, permet de garantir un niveau de qualité élevé.

Outre les commentaires d'experts, le CJN abrite également des articles de blog. La responsabilité de ces articles incombe aux auteurs et propriétaires des blogs - [Liste des blogs](#)

Le CJN est proposé individuellement et dans le cadre du portail d'informations et de recherches Push-service des arrêts. Les commentaires peuvent être cités par une proposition de citation et des notes marginales.

Statistique :

Abonnés au "Commentaires de jurisprudence numérique (CJN)" : 8107

Informations et [impresum](#) :

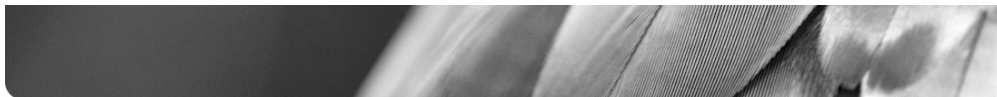
info@weblaw.ch | T +41 31 380 57 77

ISSN 1663-9995. Editions Weblaw.

Inscription et changement d'adresse : Login à <https://register.weblaw.ch>. En suivant les onglets «Modifier ses données personnelles» et ensuite «Adresse mail» il est possible de changer son adresse e-mail ou d'annuler l'abonnement à la newsletter du Push-Service des arrêts.

Prière de ne pas répondre à cet e-mail. Si vous désirez prendre contact avec nous, veuillez utiliser les données de contact indiquées.

<https://cjn.weblaw.ch>



Weblaw SA | Schwarztorstrasse 22 | 3007 Berne
T +41 31 380 57 77 | F +41 31 380 57 78 | info@weblaw.ch

